

Für Cuxhaven – Stade II...

Kolumne des Parlamentarischen Staatssekretärs
Enak Ferleman



... in Berlin



Griechischer Schnupfen

Europa hat einen Schnupfen - und der heißt Griechenland. Wie das nun mal so ist mit kleinen Erkältungen, lässt man Sie schleifen können Sie sich zu gefährlichen Erkrankungen ausweiten. Und dann liegt man wahrscheinlich mit einer schweren Lungenentzündung danieder. Genau das passiert gerade in der Europäischen Union, genauer gesagt in Griechenland. Griechenland ist aber letztlich ein fester Teil der Körperschaft namens EU, von dem man sich nicht einfach so trennen kann und will, weil er gerade mal nicht so gut funktioniert. Man trennt sich ja auch nicht vorsorglich von einer verstopften Nase um Schlimmeres zu verhindern.

Aber so „einfach“ wie bei einer Erkältung ist es dann doch nicht. Warum helfen wir eigentlich Griechenland?

Von der Stabilität des Euro hat insbesondere Deutschland als Exportnation profitiert. Dies hatte und hat positive Effekte auf unsere Beschäftigungs- und Wachstumssituation. Aufgrund der engen wirtschaftspolitischen Verbindungen innerhalb des Euroraums hätte ein möglicher Staatsbankrott Griechenlands erhebliche negative Auswirkungen auf den Finanzplatz Deutschland und auf die deutsche Wirtschaft. Diese negativen Auswirkungen wären für die deutsche Volkswirtschaft und den Bundeshaushalt mit erheblich höheren Kosten verbunden als eine mögliche direkte Hilfe Griechenlands zum jetzigen Zeitpunkt.

Aber wie geht es nun weiter?

Die CDU/CSU-Fraktion und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) haben immer gesagt, es gibt keine Hilfe für Athen auf dem Silbertablett. Hilfe aus Deutschland gibt es nur als absolut letzten Ausweg, als Ultima Ratio und dann auch nur unter harten Bedingungen.

Da sich die Lage in Griechenland zugespitzt hat und ein Überschwappen der griechischen Finanzkrise auf andere EU-Länder droht, ist ein schnelles Handeln gefragt. Griechenland steht am Abgrund, Spaniens Schwierigkeiten wachsen, in Portugal und Irland sieht es nicht besser aus – im Gegenteil. Als ob das nicht schon schlimm genug wäre, stufen Ratingagenturen, die sogenannten internationalen Bonitätsprüfer, die

Zahlungswürdigkeit angeschlagener Länder ab, verteuern damit die Aufnahme dringend benötigter Kredite und schränken die Handlungsfähigkeit der Regierungen ein. Im Falle Griechenlands ist es besonders extrem: Nachdem die Agentur S&P die Anleihen Griechenlands als Ramsch einstufte, bekommt das Land keinen Kredit mehr.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat daher am vergangenen Montag den deutschen Beitrag der Griechenland-Hilfen beschlossen, um die Krise mit einzudämmen. Auf einer Sondersitzung am Montag stimmte das Kabinett dem deutschen Anteil an den Notfall-Krediten in Höhe von rund 22,4 Milliarden Euro zu. Am Freitag sollen Bundestag und Bundesrat das Gesetz per Eilverfahren beschließen. Voraussetzung für den Beschluss des christlich-liberalen Kabinetts war die Einigung der griechischen Regierung mit dem internationalen Währungsfond (IWF), EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) über ein umfangreiches Sparpaket. Dieses Sparprogramm ist ein außerordentlich starkes Sanierungsprogramm, das mit erheblichen Belastungen der Bevölkerung verbunden ist. Das ist leider der Preis für ein Leben über den Verhältnissen.

Deutschland wird seine Hilfe nur als Darlehen geben. Das bedeutet, dass keine direkten Hilfen aus dem deutschen Steuertopf für Griechenland gegeben werden. Um den Euro stabil zu halten, bekommen die Griechen ein Darlehen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Der Bundestag beschließt am Freitag dafür lediglich eine Bürgschaft. Es fließt also kein Steuergeld unmittelbar nach Griechenland. Diese Maßnahme war eine der Bedingungen für die Hilfe, um den deutschen Wirtschaftsaufschwung nicht in Gefahr zu bringen.

Am Freitag werde ich für die Griechenlandhilfe im Bundestag stimmen. Ein sicherer Euro schützt die Menschen in Deutschland. Schützt unsere aufstrebende Region. Das heißt, wir tun es für die Menschen gerade auch hier in der Bundesrepublik Deutschland, so problematisch die Lage durch die zu hohen Staatsverschuldungen in der EU auch ist.